

Karin Böllert
Nina Oelkers (Hrsg.)

Frauenpolitik in Familienhand?

Neue Verhältnisse in Konkurrenz,
Autonomie oder Kooperation

LEISTUNG BILDUNG LEHREN SOZIALIS
IDENTITÄT GESCHLECHT FAMILIE KULT
SEXUALITÄT UNTERRICHT RELIGION AL
STRUKTUR DROGEN MEDIEN UMWELT
NALITÄT FREIZEIT INSTITUTIONEN



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Karin Böllert · Nina Oelkers (Hrsg.)

Frauenpolitik in Familienhand?

Karin Böllert
Nina Oelkers (Hrsg.)

Frauenpolitik in Familienhand?

Neue Verhältnisse in Konkurrenz,
Autonomie oder Kooperation



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2010

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010

Lektorat: Stefanie Laux

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe
Springer Science+Business Media.

www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Ten Brink, Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-16564-6

Inhalt

Karin Böllert & Nina Oelkers

Einleitung: Frauenpolitik in Familienhand? 7

I Familienpolitik – vergeschlechtlichte Wohlfahrtsproduktion

Nina Oelkers & Martina Richter

Die post-wohlfahrtsstaatliche Neuordnung des Familialen 15

Catrin Heite

Soziale Arbeit – Post-Wohlfahrtsstaat – Geschlecht.

Zum Zusammenhang von Professionalität und Politik..... 25

Birgit Riegraf

Intersektionen von Ungleichheiten und Differenzen: Kursbestimmung im Nebel
zwischen Gesellschaftstheorie und politischem Gestaltungsanspruch..... 39

Karin Jurczyk

Neue Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse.

Sozialpolitische Dimensionen als Leerstelle? 57

Johannes Hüning & Corinna Peter

Der sozialpädagogische Blick auf Familie 79

II Familienverhältnisse – familiäre Arbeitsteilung

Karin Böllert

Frauen in Familienverhältnissen: Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf..... 99

Florian Schulz & Hans-Peter Blossfeld

Hausarbeit im Eheverlauf. Ergebnisse einer Längsschnittanalyse 111

Michael May

Hegemoniale Männlichkeit..... 129

Bernt-Michael Breuksch

Kindertagesbetreuung – Familienergänzende oder familienersetzende Leistung?..157

Autorinnen und Autoren177

Einleitung: Frauenpolitik in Familienhand?

Karin Böllert & Nina Oelkers

Gegenwärtig ist ein enormer Aufschwung der Familienpolitik zu beobachten. Die Folgen des demographischen Wandels, die Notwendigkeit des Ausbaus von Kindertagesstätten, die Forderungen nach familienfreundlichen Bildungs- und Arbeitsbedingungen sind gleichermaßen Anlass für familienpolitische Debatten und die Etablierung entsprechender Initiativen und Angebote. Familie rückt dabei insgesamt stärker in das Zentrum des öffentlichen Interesses. Vergleichbares ist für den Bereich der Frauenpolitik nicht festzustellen. Geschlechterfragen werden stattdessen im Kontext der Thematisierung von Familie für Frauen und Männer gleichsam mit beantwortet.

In dem vorliegenden Band werden aktuelle Tendenzen des familialen Wandels, der Familienpolitik und der Frauenpolitik analysiert und miteinander in Beziehung gesetzt. Im Fokus der Analyse steht das Verhältnis von Familien- und Frauenpolitik sowie Fragen nach politisch konstituierten Geschlechterverhältnissen.

Ausgehend von der politischen (Mit-)Konstruiertheit von Geschlechterverhältnissen sind diese auch den jeweils vorherrschenden Familienpolitiken unterworfen bzw. werden durch diese strukturell konstituiert. Je nach familienpolitischen Leitbildern und Motiven in der Ausrichtung von Maßnahmen, Programmen und Gesetzgebung geht es beispielsweise eher um die Belange einzelner Mitglieder von Familie also um die individuellen Rechte von Frauen, Männern und Kindern oder eher um Familie als ‚Ganzes‘. Dabei zeigt sich mit dem gegenwärtigen postwohlfahrtsstaatlichen Rückbau, dass ‚Familie‘ als Ressource wieder verstärkte politische Aufmerksamkeit gewinnt. Die Rechte von Frauen, Kindern und Jugendlichen bzw. Frauenpolitik und Kinder- und Jugendpolitik werden unter einer Familienpolitik subsumiert bzw. von dieser überlagert. Die Rahmenbedingungen für Familien sind trotz anders lautender familienrhetorischer Forderungen nach mehr Geschlechtergerechtigkeit insofern auf ein traditionelles Familienmodell ausgerichtet, als es zwar einerseits um die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit und dabei insgesamt um die Durchsetzung der Zweiverdiener-Ehe geht, andererseits die Bewältigung der hiermit einhergehenden familialen Aufgaben u. a. des Zeitmanagements, der außerinstitutionellen Kinderbetreuung, des Ausbalancierens von familienbezogenen und arbeitsmarktförmigen Erwartungen und Bedürfnissen einseitig den Frauen in Familie aufgebürdet wird. Der institutionelle Kontext ist nach wie vor durch eine unzureichend ausgebaute und in ihren Zeitpolitiken unzureichende Kinderbetreuung (insbesondere für Kinder unter drei Jahren) und ein entsprechend fehlendes flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen geprägt.

Eine Rollenverteilung: Mann, als erwerbstätiger Vater und Frau, als (teilzeit-)erwerbstätige Mutter und Hausfrau wird von der Familienpolitik begünstigt, indem Familienpolitik notwendige Veränderungen der institutionellen Rahmung von Familie und die Forderungen nach einer familienfreundlichen Gestaltung des Arbeitsmarktes weitgehend ausblendet und dabei eine an Gleichberechtigung orientierte Rollenverteilung als individuelle Herstellungsleistung von Familie, die es zu aktivieren gilt, betrachtet. Finanziellen Risiken, die mit der Gründung einer Familie einhergehen, werden zudem im Kontext wohlfahrtsstaatlichen Wandels nicht mehr mit Sicherheit abgedeckt und für Frauen durch das neue Unterhaltsrecht sogar verschärft. Die öffentliche Verantwortung für die Lebensgestaltungsmöglichkeiten in Familien wird insgesamt zurückgenommen und damit ist von neuen Wechselwirkungen und Überkreuzungen von sozialen Ungleichheiten und Differenzen in familialen Kontexten auszugehen.

Der erste Teil der Beiträge fokussiert Familienpolitik als *vergeschlechtlichte Wohlfahrtsproduktion*. Ausgehend von einer post-wohlfahrtlichen Transformation des Sozialen werden die Neuordnung familialer Arrangements, die veränderte familien- und geschlechtsspezifische Wohlfahrtsproduktion im Kontext Sozialer Arbeit sowie die gewandelten Geschlechterverhältnisse und Ungleichheiten in den Mittelpunkt gestellt.

Nina Oelkers und *Martina Richter* thematisieren den (politisch gesteuerten) Zusammenhang einer Neuordnung des Familialen und sogenannter Post-Wohlfahrtsstaatlichkeit, in dessen Zuge Sicherheiten brüchig, wohlfahrtsstaatliche Leistungen abgebaut und soziale Risiken refamilialisiert werden. Die Reprivatisierung und Refamilialisierung von Verantwortung wird als Übertragung von Verantwortung in den privaten und familialen Kontext gefasst, wobei vor allem Frauen von den Prozessen der Refamilialisierung betroffen sind. Soziale Arbeit erfährt in diesem Kontext eine fragwürdige Aufgabenzuweisung und Aufwertung.

In dem Beitrag von *Catrin Heite* werden der Zusammenhang von historischen und aktuellen Frauenpolitiken, die Denkweise von ‚Frauenberufen‘ und die derzeit stattfindende postwohlfahrtstaatliche Aufwertung von Familie aufgezeigt. Dies geschieht aus einer professionstheoretischen Perspektive entlang der Ungleichheitskategorie Geschlecht. Da im Handlungsfeld Soziale Arbeit mehrheitlich weibliche Personen tätig sind, wird davon ausgegangen, dass diese innerhalb der geschlechterhierarchischen Arbeitsmarktstrukturen weniger anerkannt und als so genannte ‚Semi-Professionelle‘ abgewertet werden. Im Hinblick auf den Paradigmenwechsel von der wohlfahrtsstaatlichen Fürsorge hin zur post-wohlfahrtsstaatlichen Selbstsorge professionalisiert sich derzeit die Soziale Arbeit als Aktivierungsinstanz und erfährt damit eine Aufwertung. *Catrin Heite* problematisiert in diesem Kontext, dass mit dem verstärkten Appell an die Eigenverantwortung und die Selbstsorge der Gesellschaftsmitglieder im Post-Wohlfahrtsstaat die Soziale Arbeit sich selbst deprofessionalisiert.

Birgit Riegraf geht in ihrem Beitrag auf die wiederkehrende Diskussion um Intersektionalität ein. Im Verlauf dieser Debatten haben ein Paradigmenwechsel und Perspektivenerweiterungen stattgefunden, die u. a. auf die theoretischen und methodologischen Diskurse in der Frauen- und Geschlechterforschung und auf gesellschaftliche Umbrüche zurückzuführen sind. Die Frage nach der Relevanz von Überschneidungen und Wechselwirkungen von sozialen Ungleichheiten und Differenzen für politische Konzepte, Strategien und Programme ist zentral, da der politische Umgang mit dem analytischen Konzept der Intersektionalität sich als problematisch darstellt: Verschiedenen Formen von Diskriminierung kann anscheinend nicht mit denselben Politiken und Strategien begegnet werden, da dadurch wiederum neue Ungleichheiten erzeugt würden. Dies stellt Wirtschaft, Politik und Verwaltung vor große Herausforderungen.

Karin Jurczyk untersucht die Intention der Ansätze einer ‚neuen‘ Familienpolitik kritisch. Zentraler Ausgangspunkt ihrer kritischen Analyse ist, dass diese Ansätze Geschlechtergerechtigkeit zwar mit einbeziehen, aber dennoch die soziale Lage der Geschlechter in Bezug auf die Wechselwirkungen und Überkreuzungen von sozialen Ungleichheiten und Differenzen unberücksichtigt lassen. Familienpolitik ist damit in der Implementierung ihrer Strategien von Widersprüchen geprägt. Die Erreichung einer gleichen Teilhabe von Frauen und Männern unterschiedlicher Schichten und Ethnien wird zur aktuellen Herausforderung einer Familienpolitik, die nachhaltig und demokratisch für Rahmenbedingungen sorgt, welche es ermöglichen, Familie in all ihren Facetten zu leben.

Johannes Hüning und *Corinna Peter* veranschaulichen, inwiefern Soziale Arbeit Familie und die Rolle der Frau bzw. Mutter in der Familie aus der Perspektive der Kinder- und Jugendhilfe heraus in den Fokus nimmt. Sozialer Arbeit als signifikantem Element des wohlfahrtsstaatlichen Gefüges kommt im Familien-Diskurs eine prägende Rolle zu. Ausgehend von der sozialen Konstruktion von Familie werden die heterogenen Handlungsoptionen Sozialer Arbeit bzw. der Kinder- und Jugendhilfe im Hinblick auf Familie und die Stärkung der Interessen und Wünsche von Frauen kritisch in den Blick genommen.

Die Beiträge im zweiten Teil des Buches stellen die *Familienverhältnisse* – die Verhältnisse in den Familien und die familiäre Arbeitsteilung in den Fokus. Ausgehend von geschlechtsspezifischen Aufgabenzuweisungen in Familie und Gesellschaft geht es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um die Verteilung der Hausarbeit im Eheverlauf und die Rolle der Kindertagesbetreuung sowie um das analytische Konzept hegemonialer Männlichkeit.

Dass eine Vorrangig am Ausbau der Kindertagesbetreuung interessierte Familienpolitik dem Anspruch, wirkungsvoll zu einer gleichberechtigten Bewältigung der Vereinbarkeitsproblematik von Familie und Erwerbstätigkeit beitragen zu können, nicht gerecht werden kann, zeigt *Karin Böllert* in ihrem Beitrag. Eine solchermaßen verkürzte Familienpolitik blendet sowohl die strukturellen Veränderungsnotwendig-

keiten des Arbeitsmarktes als auch die subjektiven Bedürfnisse und Interessen von Familie aus. Hinzu kommt, dass eine vorrangig an institutionellen Rahmungen von Familie interessierte Familienpolitik dethematisiert, dass auch in den männlichen Rollenerwartungen und Familienvorstellungen die Orientierung an herkömmlichen Geschlechterrollen dominiert.

Florian Schulz und *Hans-Peter Blossfeld* richten ihren Blick auf die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern innerhalb von Familie, über die im zeitlichen Verlauf sehr wenig bekannt ist. Basierend auf einer Längsschnittstudie, dem Bamberger Ehepaar-Panels (BEP), werden theoretische Erklärungsansätze zur geschlechtsspezifisch innerfamiliären Arbeitsteilung kritisch geprüft.

Michael May betrachtet die Diskussion um das Konzept der hegemonialen Männlichkeit in der BRD in ihren unterschiedlichen theoretischen Bezugspunkten. Darüber hinaus analysiert er das gegenwärtige Verhältnis von Frauen- und Familienpolitik aus hegemonietheoretischer Sicht. Zentral sind dabei Fragen nach den aktuellen hegemonialen Formen von ‚Mütterlichkeit‘ und ‚Väterlichkeit‘. Insbesondere die ungleichen (Lebens-) Situationen und Handlungsoptionen von Frauen und Männern werden abgebildet und als Ausgangspunkt für eine Reformulierung des Konzepts der hegemonialen Männlichkeit unter Einbeziehung familärer Aspekte thematisiert.

Ausgehend von der nordrhein-westfälischen Landespolitik analysiert *Bernt-Michael Breukesch* die veränderten Aufgaben der Kindertagesbetreuung und fokussiert seinen Beitrag in juristischer Perspektive auf die Frage, ob die Kindertagesbetreuung familienergänzende oder familienersetzende Funktionen hat. Gefragt wird dabei u. a. danach, ob rechtlich Möglichkeiten bestehen, Kindertagesbetreuung als verpflichtend in Anspruch zu nehmende Leistung zu institutionalisieren bzw. eine ‚Kindergartenpflicht‘ in den Fällen anzuwenden, in denen Familien ihren Aufgaben der Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern nicht nachkommen können.

Insgesamt veranschaulichen die Beiträge dieses Bandes die Widersprüchlichkeiten der gegenwärtigen Familienpolitik durch ihre Einbindung in postwohlfahrtsstaatliche Programmatiken. Der gewachsenen Bedeutung von Familienpolitik auf der einen Seite steht die Vernachlässigung von Fragen und Inhalten der Frauenpolitik und der Geschlechtergerechtigkeit auf der anderen Seite gegenüber. Soziale Arbeit als eine verstärkt auf Familie bezogene Institution steht in diesem Kontext vor einer doppelten Herausforderungen. Eingebunden in wohlfahrtsstaatliche Politiken wird sie einerseits zu einer Repräsentantin der aktuellen Familienpolitik, andererseits besteht genau hierin die Gefahr, erreichte Fortschritte im Leistungsspektrum und in der Professionalisierung zugunsten der Etablierung als individualisierende Aktivierungsagentur aufzugeben.

Als Herausgeberinnen möchten wir uns bei allen Autorinnen und Autoren herzlich für die gute Zusammenarbeit bedanken. Unser besonderer Dank gilt der Gleichstellungsbeauftragten der Westfälischen Wilhelms-Universität, Frau PD Dr. Christiane Frantz für die finanzielle Unterstützung der diesem Band zugrunde liegenden Ringvorlesung.

I Familienpolitik – vergeschlechterte Wohlfahrtsproduktion

Die post-wohlfahrtsstaatliche Neuordnung des Familialen

Nina Oelkers & Martina Richter

Zur Einleitung

Der Titel „Frauenpolitik in Familienhand“ verweist auf den Trend, frauen- bzw. geschlechterpolitische Themen zunehmend einer familienpolitischen Ausrichtung zu unterwerfen. Zum Ausdruck kommt diese Orientierung als Teil des neoliberalen bzw. neosozialen Diskurses in aktuellen Vorschlägen im Zuge der sogenannten Finanzkrise: „In der Krise wird die Erwerbstätigkeit erheblich sinken. Warum nutzen wir dies nicht familienpolitisch, indem sich junge Paare jetzt den Kinderwunsch erfüllen?“ (BILD 18.05.2009). So zitiert die BILD den Präsidenten des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) Ulrich Blum. Wenn junge Frauen aufgrund des Konjunktureenbruchs ihre Erwerbsarbeit verlören oder keine Arbeit fänden, dann sollten sie die Krise zum Kinderkriegen nutzen. Damit der Anreiz zum Wagnis der Familiengründung etwas höher und die ‚finanziellen Risiken‘ verringert würden, solle der berufstätige Partner einen besseren Kündigungsschutz erhalten (vgl. ebd.).

Der Hinweis auf die ‚finanziellen Risiken‘, die mit der Gründung einer Familie einhergehen, deutet zumindest an, dass Sicherheiten zunehmend brüchig werden: Die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, die soziale Risiken von Familien bisher deutlich abfederten, z.B. bei Arbeitslosigkeit, Trennung und Scheidung der Eltern etc., erfahren einen weitreichenden Umbau. Im Zuge dieses Umbaus wird der vormals aktiv Leistungen erbringende Wohlfahrtsstaat zunehmend in ein neues Arrangement des Sozialen überführt, das auch als post-wohlfahrtsstaatlich bezeichnet werden kann (zur Post-Wohlfahrtsstaatlichkeit s. auch Kessl/Otto 2009; Oelkers 2009).

In diesem Zusammenhang erfahren Strategien der Aktivierung und ‚Verantwortlichung‘ des einzelnen gegenüber rechtlich verbrieften Leistungen eine Aufwertung. Die Zuschreibung von Verantwortung bzw. die ‚Responsibilisierung‘ insbesondere von Familien fungiert dabei als sozialstaatlicher Regulationsmodus (vgl. Heidbrink 2003). Soziale Risiken werden verstärkt ins Private verschoben, so dass gegenwärtig von Prozessen einer ‚Refamiliarisierung‘ zu sprechen ist, die vor allem Frauen betreffen. Offensichtlich münden die Ende des 18. Jahrhunderts mit der Etablierung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen verbundenen Prozesse einer so genannten ‚Defamiliarisierung‘ oder auch ‚Dekommunitarisierung‘, verstanden als „Abbau familialer und gemeinschaftlicher Abhängigkeiten und Zwänge“ (Ulrich 2005, S. 109), zunehmend in einen Prozess der gesellschaftlichen Refamiliarisierung.

Das heißt, die aus sozialstruktureller Benachteiligung resultierenden klassen- und geschlechtsspezifischen Zumutungen werden (wieder) verstärkt zum Privatproblem erklärt (vgl. Pühl 2003) oder mit den Worten von Sabine Sauer (2008): gerade „Geschlechterungleichheit bildet eine Ressource der Transformation von Staatlichkeit“ (ebd., S. 239) und wird damit zur Grundlage gegenwärtiger post-wohlfahrtsstaatlicher Kontexte.

(Post-)Wohlfahrtsstaatlichkeit und Familie

Wohlfahrtsstaatlichkeit und Familie standen und stehen in einem politisch gesteuerten Zusammenhang. Als eine wesentliche Funktion des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements des Sozialen gilt seine legitimierende und pazifizierende Wirkung (vgl. Kaufmann 1997). Wie Franz-Xaver Kaufmann argumentiert, entfalte das wohlfahrtsstaatliche Arrangement diese Wirkungen dadurch, dass es die sozialen Bedingungen der Wohlfahrtsproduktion gewährleiste und zugleich bestimmte private Lebens- und Familienformen stabilisiere, in deren Rahmen jene Humanvermögen (re-)produziert würden, die von verschiedenen Gesellschaftsbereichen beansprucht werden. Eine Erzeugung ‚normaler‘ Verläufe dieser Lebensformen sei dabei ein wesentlicher Gegenstand von Familienpolitik. Tatsächlich liegen dem gesamten wohlfahrtsstaatlichen Arrangement diesbezüglich bestimmte normative wie empirische Normalitätsannahmen zu Grunde, insbesondere die „der dauerhaften Erwerbstätigkeit der Männer bei lediglich sporadischer Erwerbstätigkeit der Frauen, der Selbstverständlichkeit des Eheschlusses und der Familiengründung für beide Geschlechter sowie einer interfamilialen Arbeitsteilung im Sinne des Modells der Hausfrauenehe“ (Kaufmann 1997, S. 60). Die starke Orientierung an der traditionellen Kernfamilie findet sich daher gerade in der Glanzzeit des Wohlfahrtskapitalismus.

Aufgrund post-wohlfahrtsstaatlicher Transformationsprozesse erscheint der Wohlfahrtsstaat auch und gerade für Familien nicht mehr als Garant für soziale Unterstützungsleistungen, die im Bedarfsfall i.d.R. zuverlässig erwartbar waren und damit als Voraussetzung für ökonomische und soziale Stabilität gelten konnten. Dies spiegelt sich in den aktuellen Lebensbedingungen von Familien wieder: So lebt in Deutschland ein gutes Drittel aller kindergeldberechtigten Kinder in Familien mit einem jährlichen Haushaltseinkommen von unter 16.000 Euro (vgl. Deutscher Bundestag 2006). „Das durchschnittliche Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen von Familien auf Basis der europaweit harmonisierten Erhebung EU-SILC beträgt nach den zuletzt verfügbaren Daten für das Jahr 2005 16.556 Euro. [...] Alleinerziehenden-Haushalte und Haushalte mit drei und mehr Kindern weisen dabei im Durchschnitt mit etwa 77% bzw. 87% die niedrigste Einkommensposition auf“ (BMAS 2008, S. 85). Die Armutsrisiken für Familien treten insbesondere dann auf, wenn der ‚Nor-

malverlauf' durch Arbeitslosigkeit, Trennung und Scheidung ‚gestört‘ wird: „Wenn die Eltern nach einer Familiengründung bzw. nach der Geburt eines weiteren Kindes mittelfristig keine neue stabile Balance zwischen Erwerbs- und Familienarbeit finden, werden bestehende oder neu auftretende Armutsriskiken verstärkt. Wird im Falle von Arbeitslosigkeit, Trennung oder Scheidung keine neue familiäre Stabilität mit Unterhaltsleistungen und wirtschaftlicher Unabhängigkeit gefunden, kann dies ebenso zu Armut und Ausgrenzung bzw. deren Verfestigung führen“ (BMAS 2008, S. 85). Steigende Arbeitslosenzahlen und Scheidungshäufigkeit lassen einen hohen Problemdruck auf familiäre Arrangements vermuten. „Vor dem Hintergrund der Erosion von ‚Normallagen‘ im Bereich Familie, des Rückgangs der Familiengröße und ihrer Stabilität, der erhöhten Scheidungszahlen, des Anstiegs der Zahl alleinerziehender Eltern, weniger Geburten und der wachsenden Bedeutung nichtehelicher Lebensgemeinschaften scheint die Entwicklung von Selbstregulierungsmechanismen wenig wahrscheinlich. Ebenso ist eine systematische Übernahme familialer Aufgaben durch andere Lebensgemeinschaften kaum zu erwarten“ (Gerlach 2000, S. 140). Gleichzeitig oder besser aufgrund dieser Entwicklungen gewinnt ‚Familie‘ als Ressource (wieder) eine verstärkte sozialstaatliche und sozialpolitische Aufmerksamkeit, genauer die familiäre Zuständigkeit für die Bewältigung sozialer Probleme. Dieser verstärkte politische Rückgriff auf Familien lässt sich als Refamilialisierung und Reprivatisierung von sozialer Verantwortung fassen, wobei sich dieser eben nicht geschlechtsneutral vollzieht und sich damit auch Fragen der ‚Re-Genderisierung‘ stellen (vgl. dazu Heite in diesem Band). Im Kontext postwohlfahrtsstaatlicher Transformationen geraten machanalytische und ungleichheitssensible Perspektiven an den Rand sozialpolitischer Auseinandersetzung (vgl. Richter 2004).

Reprivatisierung und Refamilialisierung von Verantwortung

Die sozialpolitische Forcierung von Verantwortung als aktive persönliche Eigenverantwortung und normative individuelle Selbstverantwortung begründet sich darin, dass die BürgerInnen dazu gebracht werden sollen, sich um ihre persönlichen Belange und sozialen Aufgaben selbst zu kümmern. „Der Verantwortungsbegriff dient dem Zweck, die Gesellschaftsmitglieder zu aktivem und engagiertem Verhalten zu bewegen und sie notfalls – falls dies nicht geschieht – für ihr sozialschädliches Handeln mit entsprechenden Sanktionen zur Rechenschaft zu ziehen“ (Heidbrink 2006, S. 26). Im Kontext sozialpolitischer Rhetorik wird dabei der Begriff der Eigenverantwortung regelmäßig genutzt, um Leistungskürzungen zu legitimieren (vgl. Kaufmann 2006, S. 53).

Verantwortungszuschreibung und Verantwortungsübernahme stellen einen Modus sozialer Steuerung in unüberschaubar komplexen Handlungszusammenhängen dar (vgl. Kaufmann 2006, S. 54). Familie bietet einen solchen unüberschaubaren